

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 6. Sitzung des Rates

vom: **23.06.2021**

von: **16.00 Uhr**

bis: **20.22 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Großer Saal**

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen	- als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	
Stv Bell, Achim	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Böcking, Verena	
Stv Boller, Joachim	
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Eberlein, Birgit	
Stv Eckhardt, Klaus	- bis TOP 16
Stv Englert, Franz	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Grisse, Robert	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Harnacke, Maik	
Stv Heilmann, Martin	
Stv Helm, Martin	
Stv Heupel, Rüdiger	
Stv Hof, Felix	
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah	
1. stellv. BM Jung, Angela	
2. stellv. BM Kamieth, Jens	

Stv Keßler, Silvia
Stv Klein, Marc
Stv Köckritz, Anja Alexandra
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv König, Svenja
Stv Kraft, Florian
Stv Krumm, Heike
Stv Langer, Günther
Stv Lorenz, Reiner
Stv Ludewig, Chiara
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Nüchtern, Markus
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schmidt, Lena
Stv Schneider, Silke
Stv Schoew, Torsten
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Schwarzer, Michael
Stv Shirley, Julia
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Steffe, Roland
Stv Steuber, Hartmut
Stv Stinner, Jürgen
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Wagener, Tanja
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel
Stv Zöller, Klaus
Stv Zybill, Dr. Christian

- bis 18.35 Uhr, TOP 11

II. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Hellwig, Raimund
s. B. Kammann, Jacob

III Von der Verwaltung:

StK Cavelius
StBR Schumann
StR Fries
Städt. VD Werthenbach
Städt. VD Dorsch
VA Spötter
Techn. Betriebsleiter ESi Roth
Kaufm. Betriebsleiter ESi Quandel
VA Helmes
VA Dr. Schutz
StAR Münker Schriftführung

Nicht anwesend waren:

Stv Bleckmann, Lisa
Stv Dil, Yilmaz
Stv Klein, Henning
Stv Lechthaler, Tim
Stv Reifenrath, Frank
Stv Schmidt (AfD), Sabrina
Stv Stahl, Peter H.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Ergänzend zur Tagesordnung liegen eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zwei Anfragen der Volt-Fraktion sowie Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Punkten 10 und 11 vor.

Der öffentliche Teil wird um die Punkte 17.1 und 18 bis 22 ergänzt.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 26.05.2021

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

6. Rat 23.06.2021

Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.04.2021

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

6. Rat 23.06.2021

2. Fragestunde

**2.1 Bericht über Klimaschutzmaßnahmen städtischer Beteiligungsunternehmen
- Anfrage der Fraktionen CDU und SPD**

Vorlage Nr. AF 49/2021 und AF 49/2021 A

Die Fragen wurden mit der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

6. Rat 23.06.2021

**2.2 III. Weg - Stellungnahme durch Innenminister Reul
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 50/2021 und AF 50/2021 A

Die Fragen wurden mit der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

6. Rat 23.06.2021

**2.3 Öffentliche Feierlichkeiten an der Nikolaikirche und auf dem Schlossplatz
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 51/2021 und AF 51/2021 A

Die Fragen wurden mit der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

6. Rat 23.06.2021

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Etablierung eines städtebaulichen Denkmalschutzes für stadtbildprägende Siedlungsbereiche mit überwiegend historischem Bestand

- Antrag der Fraktionen B'90/Die Grünen, UWG, DIE LINKE, FDP, Volt -

Vorlage Nr. AT 98/2021

Die Verwaltung wurde von den Fachausschüssen beauftragt, Strategien zum städtischen Denkmalschutz und zum Schutz historischer Bauten und Fassaden zu erarbeiten und den Fachausschüssen zum 1. Quartal 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Eine Abstimmung über den Antrag entfällt daher.

6. Rat 23.06.2021

3.2 Städtische Lichtershow für den Jahreswechsel 2021/2022

- Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 101/2021

Für die Antragsteller appelliert Frau Ludewig, auf das übliche Feuerwerk aus Gründen des Umwelt- und Tierschutzes zu verzichten und zeitgemäße Alternativen aufzuzeigen.

Herr Weber unterstützt den Appell ausdrücklich, sieht es aber nicht als Aufgabe der Stadt Siegen, eine alternative Veranstaltung zu organisieren und zu finanzieren. Er geht zudem davon aus, dass sich die Bewohner in den Stadtteilen ungeachtet eines zentralen Events nicht davon abhalten lassen werden, selbst Feuerwerk zu zünden.

Herr Schulz begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Vorschlag und unterstreicht die Argumente von Frau Ludewig. Zudem könnte die Veranstaltung einer Lightshow zur Attraktivität beitragen.

Herr Wittenburg wirbt dafür, zumindest Angebote für eine solche Veranstaltung einzuholen und dann im Rat zu entscheiden

Herr Groß schließt sich dem Vorschlag an und verweist auf ähnliche Veranstaltungen in anderen Städten.

Frau Schneider sieht im Verzicht auf Feuerwerk einen Beitrag zum Klimaschutz und appelliert zum Umdenken. Auch der Schutz von Haus- und Wildtieren ist ihr ein Anliegen. Daher ist es richtig zu eruieren, wie und mit welchem Aufwand Alternativen angeboten werden können.

Herr Bertelmann hat den Eindruck, dass private Feuerwerke sehr zugenommen haben. Daher findet der Vorschlag seine Zustimmung, Angebote für eine städtische Veranstaltung einzuholen. Darüber hinaus sollte noch einmal der Appell an die Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet werden, auf Feuerwerk zu verzichten.

Herr Grimm gibt zu bedenken, dass auch eine Lichtershow zur Lichtverschmutzung beiträgt und anderen Ortes solche Events verboten werden. Ein Feuerwerksverbot würde auch zur Müllreduzierung beitragen.

Für Herrn Heilmann ist die Beanspruchung der Ordnungsbehörden bei einem Verzicht auf Feuerwerk kein schlüssiges Argument, da diese an Silvester ohnehin stark eingesetzt werden müssen. Er geht davon aus, dass zum Jahreswechsel 2021/2022 ohnehin keine großen Versammlungen aufgrund der Pandemielage stattfinden werden. Daher ist es richtig, für die Zukunft Alternativen zum Feuerwerk zu finden.

Herr Walter macht Bedenken geltend, dass durch eine solche Veranstaltung zu viele Menschen an einem zentralen Ort zusammen kommen. Daher sollte es bei dem Appell bleiben, auf Feuerwerk zu verzichten.

Herr Schwarzer lehnt eine Verbotskultur ab. Das Feuerwerk zu Silvester ist für ihn Tradition und es ist nicht Aufgabe der Stadt Siegen, dies zu ändern und auch nicht, für alternative Spaß-

angebote zu sorgen. Allerdings sollte härter dagegen vorgegangen werden, wenn bereits in den Tagen und Stunden vor Silvester geböllert wird.

Herr Schiltz ist der Meinung, dass unter dem Aspekt Klimaschutz auch Traditionen überdacht werden müssen. Eine zentrale Lichtershow stellt für ihn allerdings keine Alternative dar, da die Einwohnerinnen und Einwohner in den umliegenden Stadtteilen daran nicht ohne zusätzlichen Aufwand teilhaben können.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Kosten für eine Lichtershow zu ermitteln und dem Rat zu berichten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen richtet den Appell an die Siegener Bevölkerung, auf Feuerwerk zum Jahreswechsel zu verzichten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

6. Rat 23.06.2021

3.3 Fahrradwegenetz 2025 - Antrag der Fraktion B'90/Grüne Vorlage Nr. AT 104/2021

Herr Heilmann verweist für die Antragsteller auf den Beschluss des Rates vom 26.02.2020, der bisher nicht umgesetzt wurde. Seine Fraktion möchte die Gründe dafür wissen und fordert einen Plan, wie und mit welchem Aufwand eine Realisierung erfolgen kann.

Herr Schiltz hält eine Stellungnahme der Verwaltung für richtig, warum der seinerzeitige Beschluss noch nicht abgearbeitet ist, wie die zeitliche Perspektive aussieht und welche Fördermittel beantragt wurden bzw. werden können. Es wird daher in Abstimmung mit der CDU-Fraktion vorgeschlagen, einen Sachstandsbericht zum Thema bereits nach der Sommerpause vorzulegen und darüber hinaus die Radwegeplanung des Kreises im Abgleich mit der eigenen Planung in den städtischen Gremien vorzustellen.

Herr Steffe verweist auf das positive Votum des zuständigen Ausschusses auf Kreisebene und geht davon aus, dass auch der Kreistag den Plänen, die auch das Stadtgebiet betreffen, zustimmen wird. Er sieht daher keinen weitergehenden Handlungsbedarf. Vielmehr sollten diese Pläne erst einmal abgearbeitet werden.

Herr Groß sieht in dem Antrag der SPD-Fraktion keine Alternative zum Antrag der Grünen. Wieder einmal soll „nur“ ein Bericht gegeben werden, ohne konkrete Aussagen zu Kosten und

Personalbedarf. Auf diese Weise kann kein Fortschritt für den Radverkehr und den Klimaschutz erreicht werden.

Die Volt-Fraktion wird dem Antrag der Grünen zustimmen, so Herr Wittenburg und appelliert, dem Radverkehr mehr Priorität zu geben und die Planungen voranzutreiben.

Herr Bertelmann sieht in dem Antrag der Grünen eine Erinnerung an die seinerzeitige Beschlussfassung und keinen Bedarf für eine weitere Diskussion.

Herr Harnacke unterstreicht den Beitrag seines Vorredners und die Forderung, direkt nach der Sommerpause über den Sachstand zu berichten.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, bis zum IV. Quartal 2021 einen detaillierten und mit konkreten Daten versehenen Plan für Radwege-Achsen auf dem Siegener Stadtgebiet in Nord-Süd und in Ost-West-Richtung vorzulegen, inklusive Kostenschätzung. Dabei sind auch die Erfordernisse bezüglich zusätzlicher Planstellen und finanzieller Mehrausgaben oder die Vergabe von Leistungen an Dritte darzulegen.
2. Da auch der Kreis Siegen-Wittgenstein hier in Teilbereichen plant, wird die Verwaltung beauftragt, den dortigen Planungsstand zum IV. Quartal 2021 zu ermitteln und darzustellen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (CDU, SPD, AfD)

Beschluss:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, einen Sachstandsbericht über die bisherigen Planungen zur Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 26.02.2020 zu den durchgängigen Fahrradwegen auf den Nord-Süd- und Ost-West-Achsen dem Rat nach den Sommerferien 2021 vorzulegen.
2. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, die Radwegeplanung des Kreises Siegen-Wittgenstein, die die Stadt Siegen betrifft, in den zuständigen städtischen Gremien (AK Radverkehrsplanung, Verkehrsausschuss, Bauausschuss) vorzustellen und mit der städtischen Radwegeplanung zu vergleichen und abzustimmen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (CDU, SPD)

6. Rat 23.06.2021

3.4 Öffentlich geförderter, barrierefreier Wohnungsbau

Antrag der Fraktion B'90/Grüne

Vorlage Nr. AT 105/2021

Frau König verweist für die Antragsteller auf das Defizit bei bezahlbarem Wohnraum und insbesondere im Hinblick auf Barrierefreiheit, Altersarmut und Erwerbslosigkeit. Für eine Reaktion der Politik darauf sind die beantragten Informationen erforderlich.

Herr Schumann verweist auf die Anstrengungen der Verwaltung seit vielen Jahren, im Rahmen der überhaupt vorhandene Möglichkeiten Einfluss zu nehmen. Für ihn ist nicht erkennbar, welches Ziel mit dem Bericht verfolgt werden soll. Die Stadt Siegen selbst kann keinen öffentlich geförderten Wohnraum schaffen. Gefordert sind vielmehr die Wohnungsgenossenschaften und private Investoren. Die Resonanz ist in der Region aber offenbar sehr verhalten.

Herr Schmidt ergänzt aus Sicht der Sozialverwaltung, dass die Zahlen immer wieder in den zuständigen Gremien vorgestellt wurden und bei Stadt und Kreis vorliegen. Die Restbindungszeiten sind individuell für jede Wohnung unterschiedlich, insofern sind dazu keine konkreten Aussagen möglich. Öffentlich geförderter Wohnungsbau wird im Wesentlichen von den Wohnungsgenossenschaften angeboten. Die Fördermöglichkeiten werden von privaten Investoren kaum genutzt.

Herr Schiltz bittet für die SPD-Fraktion um getrennte Abstimmung. Punkt 2 des Beschlussvorschlages findet keine Zustimmung, da bereits die Rahmenbedingungen für mehr öffentlich geförderten Wohnraum geschaffen wurden. Es gilt nun, die beschlossenen Konzepte in neuen Wohnbaugebieten umzusetzen und dort Einfluss zu nehmen, wo es möglich ist. Solange die Finanzierung von Wohnraum auf dem freien Markt zu ähnlichen Konditionen wie mit öffentlicher Förderung, aber ohne deren Einschränkungen attraktiv ist, hat die Kommune keine Handlungsmöglichkeiten.

Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reicht es nicht aus, auf zusätzliche Wohnbauflächen zu setzen, entgegnet Frau König. Als Beispiele nennt sie den Kauf von Belegungsrechten oder den Einsatz über die KEG. Herr Heilmann ergänzt, dass ein Bericht nicht ausreicht sondern konkret untersucht werden soll, welche Möglichkeiten bestehen.

Herr Weber bestätigt den Bedarf und unterstreicht die Hinweise der Verwaltung auf bereits beschlossene Maßnahmen. Auch in der KEG hat sich das Bewusstsein für eigene Aktivitäten positiv verändert. Daher sind weitergehende Konzepte nicht erforderlich.

Herr Wittenburg verweist auf den Zusammenhang zwischen Wohnraummangel und senioren-gerechtem Wohnraum. Nach Auffassung der Volt-Fraktion sollten die Aktivitäten dahin gehen, die Verteilung des Wohnraumes bedarfsgerechter zu gestalten.

Frau Schneider stellt fest, dass Wohnraum in der Vergangenheit überwiegend für und von Personen geschaffen wurde, die es sich leisten können. Selbst die vom Rat beschlossene Quote für öffentlich geförderten Wohnraum bei Neubaugebieten reicht nicht aus, den Bedarf an Sozialwohnungen zu decken. Dem Wohnungsmarktbarometer ist zu entnehmen, dass sich die Situation in den letzten Jahren verschlechtert hat.

Die UWG-Fraktion unterstützt den Antrag der Grünen, so Herr Langer. Es kann nicht angehen, die Regelung alleine dem freien Markt zu überlassen, wenn nachweisbar Handlungsbedarf besteht. Als Beispiel verweist er auf den Kreis Steinfurt und andere Kommunen, die neue Wege gehen. Auch im Hinblick auf den seines Erachtens zu erwartenden Verdrängungswettbewerb durch den Zuzug der Universitätseinrichtungen in die Innenstadt müssen Alternativen gefunden werden.

Die FDP-Fraktion sieht keine Möglichkeit, alleine auf kommunaler Ebene das Problem zu lösen, erklärt Herr Walter. In Gesprächen mit den Wohnungsbauunternehmen ist der Eindruck entstanden, dass auf Grund der komplizierten Vorgaben kein Interesse für öffentlich geförderten Wohnungsbau besteht. Er sieht daher den Gesetzgeber gefordert.

Im Verlauf der weiteren Diskussion ob bzw. welche Handlungsmöglichkeiten auf Seiten der Kommune bestehen nimmt Herr Wittenburg Bezug auf die beschlossene Quote von 25 % für sozialen Wohnungsbau und beantragt, diese auf 30 % zu erhöhen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im 3. Quartal 2021 einen Bericht vorzulegen, in dem u. a. folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen gibt es in Siegen?
- Wie viele davon sind seniorengerecht / barrierefrei / rollstuhlgeeignet?
- Wie lange läuft deren Restbindungszeit?
- Wer sind die Anbieter dieser geförderten Wohnungen (Privatpersonen, Gesellschaften, ...)?
- Wie viele Wohnberechtigungsscheine wurden ausgestellt? Wie viele davon an über 60-jährige?
- Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen sind in dem letzten Kalenderjahr gebaut worden? Wie hoch ist die Summe der abgerufenen Fördermittel?

Dieser Bericht soll jährlich in der ersten Ratssitzung des 2. Quartals fortgesetzt werden.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen AfD-Fraktion), 0 Enthaltungen

Beschluss:

Bis zur ersten Ratssitzung des 2. Quartals 2022 legt die Verwaltung ein Konzept vor, in dem die Maßnahmen zur Schaffung von mehr öffentlich gefördertem Wohnraum und im Speziellen mehr öffentlich gefördertem Wohnraum für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung dargestellt werden. Hier sind auch entsprechende Möglichkeiten durch die KEG zu betrachten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen, 3 Enthaltungen

Beschluss:

In neuen Wohnbaugebieten sollen mindestens **30 %** der realisierten Bruttogeschossfläche für den Bau von gefördertem Wohnraum festgesetzt werden.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen, 1 Enthaltung

6. Rat 23.06.2021

**3.5 Unterstützung für afghanische Ortskräfte
-Antrag der FDP-Fraktion**

Vorlage Nr. AT 106/2021 und AT 106/2021 A

Herr Walter verweist auf den modifizierten Antrag seiner Fraktion und erläutert diesen.

Herr Weber erachtet die Stoßrichtung des FDP-Antrages grundsätzlich für richtig. Jedoch sei es nicht zielführend, „nur“ die Bereitschaft zur Aufnahme zu signalisieren. Daher haben CDU und SPD die vorliegende Resolution formuliert.

Nicht die Aufnahmebereitschaft der Kommunen sei das Problem, konstatiert Herr Schiltz, sondern das langwierige Antragsverfahren und der Ausschluss der ehemaligen afghanischen Ortskräfte, die sich gleichermaßen in Gefahr befinden. Diese Punkte finden sich im Antrag der FDP-Fraktion nicht wieder. Daher haben CDU und SPD das Thema aufgegriffen und möchte mit der Resolution gezielt die Bundesregierung und den Bundestag ansprechen.

Die Volt-Fraktion hatte dem entgegen den Eindruck, dass mit der vorgeschlagenen Resolution nur Symbolpolitik betrieben wird und würde dem Antrag der FDP folgen, merkt Herr Wittenburg an.

Herr Steffe sieht die Verpflichtung, denjenigen, die viele Jahre für die Bundeswehr gearbeitet haben, zu helfen und sie zu schützen. Die Verabschiedung einer Resolution geht seines Erachtens dafür nicht weit genug.

Herr Könen weist die Unterstellung zurück, die FDP habe mit ihrem Antrag das eigentliche Problem nicht gesehen.

Herr Schmidt macht verwaltungsseitig darauf aufmerksam, dass die Kommunen selbst keine Entscheidung über eine Aufnahme treffen können sondern dies auf Zuweisung durch den Bund erfolgt. Die Bereitschaft zur Aufnahme war auch in der Vergangenheit unstrittig.

Frau Schneider erachtet die Aufforderung an die Bundesregierung entsprechend dem geänderten Antrag der FDP und die Bereitschaft zur Aufnahme für richtiger, als eine nur Resolution zu verabschieden.

Nach weiterer Diskussion zwischen Herrn Groß, Frau I. Schmidt, Herrn Schoew, Herrn Bertelmann und Herrn Weber erklärt Herr Schiltz, auf die Überschrift „Resolution“ verzichten zu können, wenn damit inhaltlich ein Konsens erreicht werden kann. Für ihn ist es aber unverzichtbar, die Forderungen den zuständigen Stellen im Bund vorzulegen.

Bürgermeister Mues sieht inhaltlich keinen der Anträge als weitergehend an und stellt daher die Anträge in der Reihenfolge des Eingangs zur Abstimmung.

Unterstützung für afghanische Ortskräfte
-geänderter Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage Nr. AT 106/2021 A

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, gegenüber den betreffenden Stellen und gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium die Aufnahmebereitschaft für afghanische Ortskräfte der Bundeswehr und deren Familien zu signalisieren.
2. Der Rat der Stadt Siegen fordert die Bundesregierung auf, die afghanischen Bundeswehr-Ortskräfte zügig und unbürokratisch parallel zum laufenden Abzug des deutschen Kontingentes in Sicherheit zu bringen, indem sie in Deutschland aufgenommen werden. Auf bürokratische Prüfungsprozeduren wie die Zweijahresfrist ist zu verzichten.
3. Der Rat der Stadt Siegen unterstützt ausdrücklich die Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte.

Beratungsergebnis: 27 Stimmen dafür, 31 dagegen, 6 Enthaltungen

Resolution "Afghanische Bundeswehr-Ortskräfte in Sicherheit bringen"
- Antrag der Fraktionen CDU und SPD zu TOP 3.5
Vorlage Nr. AT 110/2021

Beschluss:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt den Bürgermeister, die nachstehende Erklärung des Rates der Bundesregierung sowie den örtlichen Mitgliedern des Bundestages zur Kenntnis zu geben und auf eine entsprechende Umsetzung zu drängen:

„Der Rat der Universitätsstadt Siegen unterstützt die „Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte“ und fordert die Bundesregierung insbesondere auf, -- afghanische Bundeswehr-Ortskräfte und ihre Familienangehörigen zügig und unbürokratisch parallel zum laufenden Abzug des deutschen Kontingentes in Sicherheit zu bringen, indem sie in Deutschland aufgenommen werden.

- Informationen über ein zu diesem Zweck vereinfachtes Verfahren für (ehemalige) Ortskräfte in Afghanistan öffentlich zu verbreiten.
- auf Prüfungsprozeduren, die in der Praxis weitgehend unmöglich oder für die Antragstellenden unzumutbar sind, zu verzichten.
- auf Ausschlusskriterien, die der Realität nicht gerecht werden, wie die Beschränkung auf Personen, die in den letzten zwei Jahren als Ortskräfte tätig waren, zu verzichten.“

2. Die Stadt Siegen erklärt sich bereit, im Zuge der Zuweisungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden auch ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr aus Afghanistan und deren Familien aufzunehmen.

Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 16 dagegen, 12 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

3.6 Unterstützung der Gastronomie
- Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage Nr. AT 107/2021

Herr Schumann schildert die Verwaltungspraxis und hält fest, dass soweit irgend möglich Anträge auf Außengastronomie positiv beschieden werden.

=> *Der Antrag wird angesichts der Aussagen als erledigt erklärt.*

6. Rat 23.06.2021

3.7 Klimaschutzmaßnahmen
- Antrag der Fraktionen UWG und Volt
Vorlage Nr. AT 108/2021

Der Antwort auf die Anfrage unter TOP 3.1 ist nach Aussage von Herrn Langer zu entnehmen, dass auch in den Beteiligungsunternehmen Maßnahmen zum Klimaschutz auf der Agenda stehen. Er sieht aber noch Verbesserungsmöglichkeiten, besonders bei der Koordination. Wichtig ist auch, dass sich die Mitglieder in den jeweiligen Aufsichtsgremien unabhängig von der finanziellen Seite für die energetische Sanierung von Gebäuden einsetzen. Eine reine Berichterstattung wird jedoch als nicht ausreichend angesehen. Vielmehr sollte eine öffentliche Diskussion geführt werden, um die Bürgerinnen und Bürger für das Thema zu sensibilisieren.

Herr Weber sieht es als ureigene Aufgabe eines jeden Aufsichtsratsmitgliedes, sich mit den Möglichkeiten des Klimaschutzes auseinander zu setzen.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die städtischen Mitglieder in den Aufsichtsräten der städtischen Beteiligungen und Eigenbetrieben (SVB, KEG, ESi) darauf hinzuwirken, dass diese sich verpflichtend mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinandersetzen, Maßnahmen nach ihren Möglichkeiten umsetzen und dem Rat dazu jährlich berichten. KEG, SVB, ESi müssen dazu beitragen, dass die Stadt Siegen ihre Klimaziele erreicht. Dies gilt auch für eventuelle zukünftige Beteiligungen und Eigenbetriebe.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

6. Rat 23.06.2021

4. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage Nr. VL 405/2021

Frau König berichtet als Vorsitzende über die Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses.

=> *Der Bericht ist der Druckversion der Niederschrift beigelegt und steht digital im Ratsinformationssystem unter diesem Punkt zur Verfügung.*

Beschluss (in Abwesenheit des Bürgermeisters):

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den der Vorlage als Anlage 1 beigelegten Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 der Stadt Siegen einschließlich des erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerks zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt den nachfolgenden schriftlichen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresabschlussprüfung 2018 sowie die Erklärung des Rechnungsprüfungsausschusses, dass er nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen erhebt und den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht 2018 vom 01.02.2021 billigt, zur Kenntnis.
3. Der Rat stellt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW den Jahresabschluss der Stadt Siegen zum 31.12.2018 vom 01.02.2021 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.008.974.182,24 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.821.340,55 € fest.
4. Der Rat beschließt, den Jahresfehlbetrag 2018 von 6.821.340,55 € gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW aus der allgemeinen Rücklage abzudecken.
5. Die Ratsmitglieder der Stadt Siegen erteilen dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

5. Mündlicher Bericht über die finanzielle Lage der Universitätsstadt Siegen gem. § 2 Abs. 2 Covid 19 Isolierungsgesetz

Herr Cavelius verweist auf § 2 Abs.2 Covid-19-Isolierungsgesetz, wo es heißt:

In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 berichtet die Kämmerin oder der Kämmerer dem für den Beschluss über die Haushaltssatzung zuständigen Organ (also dem Rat) vierteljährlich über die finanzielle Lage.

Aufgrund der Tatsache, dass der Haushalt der Stadt Siegen erst am 14.04.2021 vom Rat beschlossen worden ist, wurde bisher ein entsprechender Bericht als entbehrlich angesehen.

Mit dem heutigen Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 wird die letzte Hürde zur Erlangung der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzepts 2021 genommen. Es ist davon auszugehen, dass nach Vorlage der Anzeige des Jahresabschlusses (am 24.06.2021) die Haushaltsgenehmigung zeitnah erfolgt und in der kommenden Woche vom Kreis zugesandt wird.

Eine Verwaltungsvorlage zum Haushaltsvollzug zum 30.06.2021 wird für die Ratssitzung am 22.09.2021 erstellt.

Nichtsdestotrotz gibt es an dieser Stelle einen kurzen Überblick über die Haushaltswirtschaft 2021, auch, um der v. g. Rechtsnorm Folge zu leisten.

Der Haushalt 2021 hat ein planmäßiges Defizit von rd. 3,9 Mio. €. Das eigentliche Defizit liegt bei rd. 17,9 Mio. €. Wie Sie wissen, können wir uns einen außerordentlichen Ertrag in Form des Corona-Schadens (rd. 14 Mio. €) „aufschreiben“. Dieser wurde für 2021 auf rd. 14 Mio. € geschätzt.

Der Corona-Schaden bezieht sich insbes. auf die zu erwartenden Steuermindererträge.

Wenn man nunmehr im Ergebnis höhere Steuereinnahmen als angenommen erzielt, bedeutet dies, dass der Corona-Schaden entsprechend geringer ausfällt. Höhere Einnahmen verbessern also nicht das Jahresergebnis, führen jedoch in 2021 zu einer Verstärkung der Liquidität.

Die höchsten Mindererträge hatten wir bei der Gewerbesteuer erwartet, deren Minus alleine auf netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) rd. 9,3 Mio. € geschätzt wurde. Aktuell ist aber mit einer Steigerung des Gewerbesteuer-Aufkommens gegenüber den Annahmen zu rechnen. Und zwar insbesondere aufgrund einer atypisch hohen Nachzahlung eines großen Gewerbesteuerzahlers der Stadt, kann im Moment davon ausgegangen werden, dass die Gewerbesteuer im Ergebnis mehr als 60 Mio. € betragen wird (Ansatz: 55 Mio. €). Dieser Vorgang wurde auf der einen Seite sehr erfreut zur Kenntnis genommen. Auf der anderen Seite wird uns die dadurch höhere eigene Steuerkraft im Rahmen des Finanzausgleichs 2022 wieder einholen. Konkret heißt das, dass in 2022 mit niedrigeren Schlüsselzuweisungen gerechnet werden muss.

Die Kommunalministerin hat übrigens bekanntgegeben, dass sie mit dem Finanzminister über eine Erhöhung der FAG-Masse – wie in 2020 – verhandele. Dabei muss aber von kommunaler Seite darauf gedrängt werden, dass diese Erhöhungen nicht als kreditorisch behandelt werden.

Von Seiten des Bundes kann aufgrund der ablaufenden Legislaturperiode wohl eher nicht mit einem Gewerbesteuerausgleich gerechnet werden.

Auch heute ist noch nicht klar, ob die Pandemie größtenteils beendet ist, oder es zu weiteren Einschränkungen im Laufe des Jahres 2021 kommen wird. Von daher ist die Prognose einiger Gebührenarten und privatrechtlicher Leistungsentgelte (VHS, Kultur, Bäder, Halle, etc.) schwierig.

Mindererträgen werden jedoch in jedem Falle auch Ausgabeesparungen gegenüberstehen. Nähere Angaben erfolgen in der angekündigten Vorlage für die September-Sitzung.

In der Summe ist aus heutiger Sicht nicht von einer Verschlechterung des planmäßigen Defizits auszugehen. Auch am Stand der Kassenkredite (als Indiz für diese Aussage) ist dies ablesbar. Die Kassenkredite betrugen zum 01.01.2021: 235 Mio. €. Heute (Stand: 21.06.2021) beträgt der Stand 238 Mio. €.

Im Bereich der Investitionen ist zu konstatieren: Der Ausgabestand am heutigen Tage (21.06.2021) beträgt rd. 11,7 Mio. €. Gebunden (über Aufträge) sind weiterhin rd. 17,4 Mio. €. Einschl. Haushaltsresten stehen insgesamt 59,8 Mio. € kassenwirksam zur Verfügung. Insofern ist über rd. 48,7 % des Investitionsvolumens verfügt.

=> *Die dazu gehörige Präsentation steht im Ratsinformationssystem unter diesem Punkt zur Verfügung.*

=> *Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

6. Rat 23.06.2021

6. Beteiligung der Stadt Siegen an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH – Erhöhung des Stammkapitals
Vorlage Nr. VL 381/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Kapitalerhöhung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH um 200.000 EURO unter Ausschluss eines Bezugsrechtes für ihre bisherigen kommunalen Gesellschafter zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

7. Haushalt 2020
- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2021
Vorlage Nr. VL 389/2021

Herr Cavelius informiert über folgende Ergänzung der Anlage 2 a der Vorlage:

Zur Abwicklung von Baumaßnahmen bzw. zur Ausführung von Beschlüssen ist es erforderlich, im Bereich der Investitionen bei 3 weiteren Maßnahmen/Konten Haushaltsmittel in Höhe von 365 T€ von 2020 nach 2021 zu übertragen.

- V011302100, 7853000 - Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden –
Anstatt 45 T€ müssen 335 T€ übertragen werden, um alle Maßnahmen gem. der Beschlusslage des Bauausschusses zu finanzieren.
- H060301101, 7851000 – Jugendtreff Blue Box

Zur Finanzierung von Voruntersuchungen der Sanierungsmaßnahme müssen 25 T€ übertragen werden.

- V030102100, 7853000 – Jung-Stilling-Schule, Austausch Prallwandbelag –

Die Maßnahme soll in 2021 umgesetzt werden. Die HH-Mittel aus 2020 in Höhe von 50 T€ müssen dazu übertragen werden.

Die Summe der investiven Übertragungen erhöht sich dadurch auf 23.550.001,26 €.

	HH-Soll 2021	Übertragungen	fortgeschriebener Ansatz 2021
<u>Finanzplan</u>			
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	36.270.370	23.550.001,26	59.820.371,26

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

6. Rat 23.06.2021

8. 2. Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung

Vorlage Nr. VL 353/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beruft für die zweite Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung nachstehende Personen als ordentliche Mitglieder

1. Thomas Knüvener
2. Patricia Merkel
3. Ulrike Platz
4. Christoph Menzel
5. Prof. Antje Freiesleben

sowie als stellvertretendes Mitglied

6. Rüdiger Karzel

und nimmt die aktualisierte Geschäftsordnung zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

9. Widmung Adolf-Wurmbach-Straße in Geisweid

Vorlage Nr. VL 377/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Widmung der Adolf-Wurmbach-Straße (Gemarkung Geisweid, Flur 3, Flurstück 1318) in Geisweid.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**6. Rat 23.06.2021****10. Fertigstellung Klimaschutzteilkonzept Mobilität**

Vorlage Nr. VL 356/2021

6. Rat 23.06.2021**Klimaschutzteilkonzept Mobilität****- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 10**

Vorlage Nr. AT 112/2021

Herr Boller begründet den Antrag seiner Fraktion. Im Laufe der Erstellung des Konzeptes durch ein externes Büro haben sich sowohl die gesellschaftliche Diskussion als auch die Rahmenbedingungen weiter entwickelt. Dazu ist auf die Konsequenzen der Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Erreichen der Klimaziele und die daraufhin vom Land formulierten Ziele zu verweisen. Diese müssen nunmehr auch auf kommunaler Ebene umgesetzt werden.

Herr Weber bittet die Verwaltungsvorlage abzustimmen.

Beschluss (über die Verwaltungsvorlage):

Der Rat der Universitätsstadt Siegen

1. beschließt das vorliegende Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen (Anlagen 1 + 2) als Grundlage und Leitlinie für die zukünftige Verkehrspolitik und -planung.
2. beschließt die darin genannten Maßnahmen als Rahmenplan (Anlage 3) für die Weiterentwicklung nachhaltiger Mobilität in Siegen.
3. beauftragt die Verwaltung die Ziele und Leitbilder des Konzeptes bei allen Fach-, Bau-, Leit- und Vorhabenplanungen zu berücksichtigen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen UWG, Bündnis 90/Die Grünen)**Beschluss (über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den vorliegenden Entwurf des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität so zu überarbeiten, dass die Vorgaben des Landes (25 % Radverkehrsanteil)

teil) und des Bundes (Reduzierung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen um 43 % bezogen auf das Basisjahr 2019) auch in Siegen erreicht werden können.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Rates einen Zeitplan zur Umsetzung der kurz- und mittelfristig realisierbaren Maßnahmen, die in dem vorliegenden Konzept aufgelistet werden, vorzulegen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (CDU, SPD)

6. Rat 23.06.2021

- 11. Stellungnahme der Stadt Siegen zur Neuaufstellung des Regionalplanes durch die Bezirksregierung**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 11
Vorlage Nr. AT 113/2021

Herr Boller erläutert zum Antrag, mit dem beispielhaft aus allen Stellungnahmen vier Punkte aufgegriffen werden.

Herr Nüchtern erklärt, die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen. Die Neuaufstellung des Regionalplanes geht zu Lasten der Entwicklung der Kommunen und ist zudem nicht konform mit den Festlegungen des Landesentwicklungsplanes. Nicht berücksichtigt wurde auch die topografische Lage Siegens und die Unternehmensstruktur der heimischen Wirtschaft.

Ausdrückliche Zustimmung findet jedoch die ablehnende Position im Antrag der Grünen zum Gewerbegebiet Oberschelden/Seelbach.

Der Regionalplan sollte eigentlich den Kommunen den Rahmen geben, selbst über die künftige Entwicklung der Siedlungs- und Gewerbestruktur zu entscheiden, merkt Herr Schiltz an. Die Neuaufstellung wird diesem Ziel in keinsten Weise gerecht und beschneidet vielmehr die Handlungsmöglichkeiten. Die SPD-Fraktion hofft, dass die an vielen Stellen und von vielen Kommunen in der Region vorgebrachte Kritik seitens der Bezirksregierung aufgenommen wird und Korrekturen erfolgen.

Zur Position der Grünen zum Gewerbegebiet Oberschelden/Seelbach vertritt die SPD-Fraktion eine gegensätzliche Auffassung und hält dieses für erforderlich. Gleiches gilt für die Bündelung von Gewerbebetrieben um den Lieferverkehr aus den Ortschaften heraus zu halten. Zum Siegerlandflughafen gibt es unterschiedliche Meinungen, jedoch ist der gesellschaftliche Konsens auf Kreisebene hinnehmbar.

Richtig ist der Hinweis in Ziffer 3 zur redaktionellen Überarbeitung der Stellungnahme.

Herr Weber bedauert es, dass sachlich ausformulierte Stellungnahmen durch ideologische Betrachtungen einseitig diskutiert werden. Die CDU-Fraktion befürwortet den Verwaltungsvorschlag.

Die Fraktion die Linke teilt die generelle Kritik an den vorgesehenen Einschränkungen, so Frau Schneider, schließt sich aber hinsichtlich des Gewerbegebietes Oberschelden/Seelbach und dem Siegerlandflughafen den Grünen an.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, auf Seite 6 der Stellungnahme der Stadt zum Regionalplanentwurf den Abschnitt „Zu den Ausführungen in den Textlichen Festsetzungen Seite 14 und 24“ zu streichen.
2. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Abschnitt „Anregung/Forderung“, Seite 60 Stellungnahme zum Regionalplanentwurf, zu streichen.
3. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Abschnitt „2.2-1 - Kernbereich von Kaltluftbahnen ...“, Seite 7/8 Stellungnahme zum Regionalplanentwurf grundlegend zu überarbeiten oder zu streichen.
4. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Punkt „6.6-3 Ziel - Flughafen Siegerland“, Seite 145 Regionalplanentwurf in die Stellungnahme aufzunehmen. Hier soll die Anregung formuliert werden, den Siegerlandflughafen aus dem Regionalplan zu streichen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (CDU, SPD)

**Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan MK-OE-SI;
hier: Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen im Rahmen der Behördenbeteiligung**

Vorlage Nr. VL 346/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Informationen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan für den Märkischen Kreis und die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen.

Die Verwaltung wird ergänzend gebeten, die räumlichen Bezeichnungen auf Seite 8 Absatz 1 der Stellungnahme zu korrigieren.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen Bündnis 90/Die Grünen)
einige Enthaltungen**

6. Rat 23.06.2021

- 12. Umsetzung des Wohnbaulandkonzeptes 2018;
Konzeptionsbeschluss zur Erweiterung des Wohngebietes Bürbacher Giersberg (Untersuchungsfläche Bürbach_2)**
Vorlage Nr. VL 282/2021

=> *Die Beschlussfassung wird bis zur nächsten Sitzung des Rates zurückgestellt, um das Ergebnis der Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen NRW zu einer Erschließungsvariante berücksichtigen zu können.*

6. Rat 23.06.2021

13. **100. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" im Stadtteil Siegen-Mitte**
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Zusammenfassende Prüfung (Abwägung) aller im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen
- Beschluss der 100. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen
- Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Vorlage Nr. VL 354/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die während der öffentlichen Auslegungen und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 und 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" eingegangenen Stellungnahmen (Anlagen 2 und 3) gemäß Anlage 4 und 5 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung;
- die 100. Änderung des Flächennutzungsplanes samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 6 - 8 in der Fassung vom 26.04.2021;
- den Bebauungsplan Nr. 419 samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 9 - 11 in der Fassung vom 26.04.2021 als Satzung.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme), einige Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

14. **Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kinder-tagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Elternbeitragssatzung)**
Vorlage Nr. VL 398/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Beratungen des Jugendhilfeausschusses und des Ausschuss für Schul- und Bildungswesen, die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen zum 01.08.2021 laut Anlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

- 15. Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -
Vorlage Nr. VL 391/2021**

Herr Groß formuliert die im Beschluss dargestellte *Ergänzung*.

Herr Rujanski hält dazu fest, dass sich diese nur auf die Erstellung der Pläne, nicht aber auf deren Umsetzung bezieht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im Übergang bis zur Erfüllung des Raumbedarfs der Albert-Schweitzer-Schule als zukünftig vierzünftig geführte Ganztagsgrundschule, den Erwerb eines Containergebäudes vorzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Jahr 2023 Pläne für den Ausbau/die Nutzung von Gebäuden vorzulegen, mit denen die Übergangslösung abgelöst werden kann.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

- 16. Video-Echtzeitübertragungen der Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse in das Internet
Vorlage Nr. VL 280/2021**

Herr Wittenburg begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung als umfassend und ausgewogen.

Herr Schiltz erklärt, da es bei der Videoübertragung auch um persönliche Daten, Datenschutz und das Recht am eigenen Bild geht sei die Abstimmung in der SPD-Fraktion freigegeben. Es gebe sowohl gute Gründe für eine Zustimmung als auch gleichermaßen für eine Ablehnung.

Nach Auffassung von Frau König gibt die Vorlage einen guten Überblick über die technischen und rechtlichen Möglichkeiten. Sie gibt zu bedenken, dass mit einer Ablehnung die Möglichkeit vergeben würde, mehr Präsenz in der Öffentlichkeit zu zeigen, mehr Transparenz bei Entscheidungen und einen barrierefreien Zugang zur Kommunalpolitik zu schaffen.

Frau I. Schmidt appelliert, die Videoübertragung als Chance zu sehen, besonders junge Menschen, die in den Zeiten der Pandemie viel in digitalen Formaten unterwegs sind, für die Kommunalpolitik zu interessieren und Entscheidungswege darzustellen.

Herr Groß betont, auch im Fall einer grundsätzlichen Zustimmung habe jede Person jederzeit die Gelegenheit, einer Aufnahme zu widersprechen. Er sieht die Übertragung weniger als ein Medium für die Politik als vielmehr ein Medium für die Bürgerschaft, sich ein Bild von Politik zu machen.

Zum Umfang der Übertragungen möchte er diese auf den Rat beschränken, wo die maßgeblichen Entscheidungen getroffen werden. Eine Einbeziehung der Ausschüsse ist seines Erachtens zu kostenaufwändig.

Herr Schoew äußert Bedenken, dass Mitschnitte in den sozialen Medien missbraucht werden. Er sieht auch keinen Vorteil, eine Sitzung ohne entsprechendes Hintergrundwissen zu Hause zu verfolgen.

Herr Pfeifer hat den Eindruck, dass der demokratische Entscheidungsprozess in der Berichterstattung der Medien in der letzten Zeit in den Hintergrund gerückt ist. Ihm ist aber wichtig, dass dieser für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht und die Übertragung dafür genutzt wird.

Die Fraktion Die Linke sieht die Videoübertragung als guten Weg, mehr Transparenz in der Kommunalpolitik zu schaffen, erklärt Frau Schneider. Eine Sitzung von zu Hause zu verfolgen könnte eine niedrigere Schwelle bedeuten, als zeitlich gebunden zum Sitzungsort zu fahren.

Herr Heilmann hatte zunächst ähnliche Bedenken wie Herr Schoew, hat diese aber revidiert. Er sieht die Übertragung als Chance darzustellen, wie Kommunalpolitik funktioniert. Da alle Unterlagen zur Sitzung zur Verfügung stehen kann sich jede einzelne Person informieren.

Die UWG-Fraktion verbindet nach Aussage von Herrn Bertelmann mit der Übertragung auch die Hoffnung auf einen konzentriertere Sitzungsablauf.

Auch die AfD-Fraktion wird dem Vorschlag zustimmen, erklärt Herr Schwarzer.

Herr Sondermann gibt zu bedenken, dass kein vollständiges Bild von einer Diskussion und Entscheidung entsteht, wenn mehrere Personen in Bild und Ton ausgeblendet werden. Er regt an, zumindest eine Testphase festzulegen, diese am Ende zu bewerten und dann neu zu entscheiden.

Auch Herr Christian sieht die Gefahr, dass ein Sitzungsverlauf durch Nichtbeteiligung verfälscht wird.

Frau Schwarz befürwortet den Vorschlag, die Übertragung auf einen bestimmten Zeitraum zu beschränken und zu beobachten.

Auf Antrag von Herrn Helm für die CDU-Fraktion erfolgt **geheime Abstimmung**.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt - zunächst in einer Testphase von maximal einem Jahr - die Übertragung von **Ratssitzungen** im Internet und beauftragt die Verwaltung, die dafür notwendigen Schritte einzuleiten. Gleichzeitig beschließt der Rat, die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus beschließt der Rat die Änderung der Geschäftsordnung gemäß Vorschlag nach Ziffer 2.2 der Vorlage.

Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 30 dagegen, 1 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

- 17. 1. Verschiedene Ausschussnachbesetzungen**
2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen in Organen juristischer Personen und Personenvereinigungen gemäß § 113 GO NRW
Vorlage Nr. VL 403/2021

Beschluss:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt

- a) in den Ausschuss für Soziales, Familien und Seniorenfragen**
Herrn Dr. Bernd Knapp (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- b) in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften**
Herrn Klaus Leukel (s. B.) als ordentliches beratendes und Frau Elke Lohmeier (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- c) in den Jugendhilfeausschuss**
Herrn Alfonso Garcia-Lopez (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- d) in den Kulturausschuss**
Frau Marlene Müller (s. B.) als ordentliches beratendes und Herrn Alfonso Garcia-Lopez (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- e) in den Sport- und Bäderausschuss**
Herrn Rolf Steinmann (s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied,
- f) in den Bezirksausschuss II Siegen-Weidenau**
Herrn Alfonso Garcia-Lopez (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- g) in den projektbegleitenden Arbeitskreis für das Radverkehrskonzept**
Herrn Hans Amely (s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Dr. Bernd Knapp (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- h) in den Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung**
Frau Lada Lübke (s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Sertac Kocyigit (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied.
- i) in den Verkehrsausschuss**
Herrn Andreas Dörner(s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied.

- j) **in den Bezirksausschuss VI - Siegen-Eiserfeld -**
Herrn Maik Utsch (s. B.) als stellvertretendes Mitglied (Direktvertreter für Hartmut Grimm, Position 4 der Vertretungsliste)
2. Die Stadt Siegen entsendet Herrn Henrik Schumann als ordentliches und Herrn Thomas Daschke als stellvertretendes Mitglied zur Vertretung der Stadt Siegen in der **Gesell-schafterversammlung der NRW.URBAN GmbH**.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

17.1 Vertretungsliste der AfD-Fraktion
Vorlage Nr. VL 403/2021 A

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt

1. **in den Sport- und Bäderausschuss**
Frau Birgit Naumann (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion,
2. **in den Bezirksausschuss IV- Siegen Mitte**
Frau Birgit Naumann (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion,
3. **in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Lie-genschaften**
Frau Manuela Rohde (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion,
4. **in den Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid**
Frau Manuela Rohde (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

18. Grundsatzentscheidung zur Umsetzung des Projekts "Zeit.Raum Region. Das Neue Siegerlandmuseum"
Vorlage Nr. VL 407/2021

Bürgermeister Mues begrüßt Herrn Zimmermann als Vorsitzenden des Vereins der Freunde und Förderer des Siegerlandmuseums, der einen erheblichen finanziellen Beitrag zur Minimie-rung des Eigenanteils zur Realisierung des Projektes leisten will.

Herr Groß stellt für die Fraktionen Grüne, UWG, FDP und Volt den Antrag auf Vertagung, da die Vorlage sehr kurzfristig vorgelegt wurde und noch Beratungsbedarf besteht.

=> *Der Antrag auf Vertagung wird mehrheitlich abgelehnt.*

Herr Fries berichtet zur Vorlage, dass leider keine Förderung aus Städtebaumitteln erreicht werden konnte. Dennoch ist es wichtig, die nächsten Schritte zu Realisierung zu machen und das Augenmerk auf das inhaltliche Konzept zu richten.

Er bittet einen redaktionellen Fehler auf Seite 4 der Vorlage zu korrigieren. Dort ist die Personalkapazität im Soll mit 29,5 angegeben, es muss aber richtig heißen 31,5. Der genaue Personalbedarf wird zu einem späteren Zeitpunkt ermittelt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Umsetzung des Projekts „Zeit.Raum.Region. Das Neue Siegerlandmuseum“ auf der Basis des vorliegenden inhaltlichen und baulichen Konzepts und der darauf aufbauenden Kostenprognose. Der Umsetzungsbeschluss steht unter dem Vorbehalt der Zuschussgewährung durch Dritte.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

19. Zuwendungen an Fraktionen hier: Anpassung des Sockelbetrages Vorlage Nr. VL 406/2021

Die UWG-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf und wird nicht zustimmen, erklärt Herr Langer. Frau Schneider schließt sich für die Fraktion DIE LINKE an.

Für Herrn Wittenburg ist die Begründung nachvollziehbar, aber nicht der Zeitpunkt. Er hält es für richtiger, zunächst die politischen Strukturen zu verschlanken. Zudem sollten die Fraktionen darlegen, wie die Gelder verwendet werden. Daher kann die Volt-Fraktion heute nicht zustimmen.

Herr Groß ist der Meinung, dass der Verwaltungsvorschlag nicht der interfraktionellen Vereinbarung entspricht. Es sollte zunächst bei Vergleichskommunen recherchiert und dann wieder im Ältestenrat besprochen werden. Die Endstufe 6 entspricht einer Betriebszugehörigkeit von 30 Jahren, was bei den Fraktionsgeschäftsführungen nicht zum Tragen komme.

Bürgermeister Mues hält fest, dass die Struktur in anderen Kommunen ähnlich ausgestaltet ist und dazu im Ältestenrat berichtet wurde. Es handle sich um eine moderate Erhöhung der Berechnungsgrundlagen.

Herr Rujanski verweist auf den Auftrag aus der letzten Wahlperiode, die Berechnungsgrundlagen zu überprüfen und hält es für legitim zu hinterfragen, ob diese noch zeitgemäß sind. Die Anforderungen an die Kommunalpolitik und damit auch an das Fraktionsgeschäft sind heute andere, als vor 25 Jahren.

Herr Weber ergänzt, im Vergleich zu anderen Städten werde eine moderate Anhebung der Berechnungsbasis vorgeschlagen. Er weist die Kritik zurück.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Sockelbetrag, der die Grundlage für die Berechnung der Zuwendungen an die Fraktionen bietet, zu erhöhen und auf den Aufwand für eine Vollzeitkraft nach Entgeltgruppe 8 (Grundgehalt Endstufe, Ortszuschlag für Verheiratete, Tarifizulage, Weihnachtsgeld sowie Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung) rückwirkend zum 01.11.2020 festzulegen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (CDU, SPD)

6. Rat 23.06.2021

20. Entlastung der Eltern von Kostenbeiträgen für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder sowie für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen im Zuge von COVID-19 für die Monate Februar bis Mai 2021 -

Vorlage Nr. VL 424/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, aufgrund der vorgenommenen Schließungen von Kindertagesstätten, Schulen und dem Aussetzen anderer Betreuungsmöglichkeiten bzw. des eingeschränkten Pandemiebetriebs in der Kindertagesbetreuung, den Offenen Ganztagschulen und schulischen Betreuungsformen im Zuge der Schutzmaßnahmen zu COVID-19

- a. für den Monat Februar keine Kostenbeiträge gemäß der gültigen städtischen Satzung für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder und für die Monate März, April und Mai nur den hälftigen Kostenbeitrag zu erheben
- b. für den Monat Februar keine Kostenbeiträge gemäß der gültigen städtischen Satzung für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen und für die Monate März, April und Mai nur den hälftigen Kostenbeitrag zu erheben.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

21. Gendergerechte Sprache bei der Universitätsstadt Siegen

Vorlage Nr. VL 400/2021

Frau Shirley signalisiert Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Argument, sich an den Regeln der deutschen Rechtschreibung zu orientieren ist nachvollziehbar, aber auch kritisch zu sehen, da man sich hinter diesen Regeln quasi versteckt. Es gibt viele Kommunen, die gendergerecht in ihrer Kommunikation verfahren und zeigen, dass es auf der Verwaltungs-

ebene möglich ist. Ihrer Fraktion ist es wichtig, dass sich die Vorgaben auf alle Schriftstücke der Verwaltung beziehen.

Herr Nüchtern erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Vorschlag nicht zustimmen wird. Er wird als übertrieben und in vielen Punkten an der Lebenswirklichkeit vorbei gehend angesehen. Vielfach wird gendern als Modeerscheinung empfunden und verkompliziert die Sprache. Im Gegensatz würde die Verwendung einfacher Sprache zum Beispiel für behinderte Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund die Teilhabe am Alltag erleichtern.

Frau I. Schmidt stellt fest, dass viele Interessen berücksichtigt, offen dargestellt und abgewogen wurden. Die CDU-Fraktion begrüßt dies und die Umsetzung der Empfehlungen, die alle Menschen im Sprachgebrauch berücksichtigen soll.

Herr Wittenburg schließt sich für die Volt-Fraktion an. Im Laufe der Zeit sollten auch die über den Schriftverkehr hinausgehenden Schriftstück angepasst werden, wenn darin Änderungen anstehen.

Herr Schwarzer stimmt für die AfD-Fraktion Herrn Nüchtern zu. Gleichberechtigung findet seiner Meinung nach im Kopf und nicht in der Sprache statt.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im allgemeinen Schriftverkehr die amtlichen Regeln der deutschen Rechtsschreibung anzuwenden. Darüber hinaus sind Grundlage des Schriftverkehrs die Empfehlungen des Leitfadens der Gleichstellungsbeauftragten, der der Vorlage beigelegt ist, um die gesellschaftlichen Anforderungen hinsichtlich mehr Diversität zu erfüllen.

Beratungsergebnis: 52 Stimmen dafür, 6 dagegen, 4 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

22. Bebauungsplan Nr. 458 "Sondergebiet Einzelhandel Eiserfelder Straße" und 107. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen Vorlage Nr. VL 427/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 458 "Sondergebiet Einzelhandel Eiserfelder Straße" und die damit verbundene 107. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

6. Rat 23.06.2021

Siegen, den 29.07.2021

gez. Mues
Bürgermeister

Siegen, den 28.07.2021

gez. Munker
Schriftführerin

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute liegt uns der Abschluss des HHJ 2018 zur Feststellung und Entlastungserteilung vor. Erst nach dessen Feststellung und Anzeige bei der Kommunalaufsicht wird der Haushalt 2021 **per Ausnahme** genehmigt. Dies kann allerdings unter Umständen noch bis zu 1 Monat dauern.

Eine Zeitaufholung bei der Aufstellung und Prüfung der städt. Jahresabschlüsse ist daher nach wie vor dringend angezeigt, um zu aktuelleren Rechnungslegungen zu gelangen und die Jahresabschlüsse auch für Steuerungszwecke nutzen zu können. Es könnten ansonsten Probleme bei künftigen Haushaltsgenehmigungen entstehen. Hierauf weisen auch die Aufsichtsbehörden im aktuellen Schriftverkehr deutlich hin. Dies ist also durchaus ein ernstzunehmendes Problem, was in Zukunft auf die Stadt Siegen zukommen könnte. Es ist mir wichtig, dies hiermit nochmal deutlich zu machen.

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung des JA 2018 in einem sehr beschleunigten Verfahren und unter erschwerten Rahmenbedingungen (insbesondere Corona, fehlendes Personal) durchgeführt. Dies kann und wird nicht Standard werden. Auf den besonderen Hinweis hierzu auf Seite 2 des Prüfberichtes verweise ich deshalb ausdrücklich.

Des Weiteren ist geplant, den Gesamtabschluss 2018 bis zum 31.12.2021 im vereinfachten Verfahren festzustellen und der Kommunalaufsicht vorzulegen, um erhebliche Arbeit und Kosten zu vermeiden. Hierzu ist ein festgestellter JA 2018 erforderlich.

An dieser Stelle möchte ich gerne noch ein paar Sätze zum finanzwirtschaftlichen Status Quo der Stadt Siegen per 31.12.2018 sagen:

Die **Bilanzsumme** des Jahres 2018 beträgt rd. 1,009 Milliarden Euro (Vorjahr 1,023 Mrd. €).

Das **Jahresdefizit** 2018 beläuft sich auf **rd. 6,8** Mio. Euro (Vorjahr ebenfalls rd. 6,8 Mio. €), und liegt damit erfreulicherweise um rd. 6,9 Mio. Euro **unter** dem Plandefizit der ursprünglichen Haushaltssatzung von rd. 13,7 Mio. €.

Die **Verschuldung** der Stadt aus Krediten ist in den Jahren 2009 – 2018 von rd. 192 Mio. € um die Summe von rd. 131,1 Mio. Euro auf einen Betrag **von rd. 323,2 Mio. €** (Vorjahr rd. 331,5 Mio.) angewachsen. Die fundierten Schulden betragen davon rd. 84,1 Mio.; die Kassenkredite rd. 239,1 Mio. Euro.

Die Gesamtverschuldung konnte zum zweiten Mal in Folge leicht reduziert werden (um 5,5 Mio € in 2017 und um 8,3 Mio € in 2018).

Weitere kreditähnliche Verbindlichkeiten von rd. 11,2 Mio. € (für das Leasing der Feuerwache) sind dabei nicht berücksichtigt.

Der Kreditstand zum 31.12.2020 steigt nach dem Bericht des Kämmerers zum vorläufigen Abschluss 2020 jedoch wieder auf rd. **329 Mio. € an (2019 voraussichtlich rd. 316 Mio.€)**. Die weitere Zukunft und die exakten Corona-Auswirkungen bleiben abzuwarten.

Der Stand der Kassenkredite (rd. 239,1 Mio. €) ist nach wie vor äußerst besorgniserregend (voraussichtlicher Stand: 31.12.20 rd. 235 Mio. Euro). **Auf das erhebliche Zinsrisiko für die Zukunft muss erneut hingewiesen werden.** Der erhoffte Schuldenschnitt ist - wie wir alle wissen - bis heute nicht eingetreten.

Der **Eigenkapitalverzehr** in den Jahren 2009 – 2018 beträgt rd. 267,6 Mio. €. Dies sind rund 60 % des in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Eigenkapitals von 446,1 Mio. Euro. Der EK-Ausweis per 31.12.2018 beträgt noch 178,5 Mio. Euro.

In 2018 war das Eigenkapital um rd. 0,6 Mio. € aus der RWE-Aktienbewertung nach oben zu korrigieren. Auch in den Jahren 2019 und 2020 werden nach derzeitigem Kenntnisstand weitere Zuschreibungen in Höhe von insgesamt über 6 Mio.€ erfolgen.

Der rasante Eigenkapitalverzehr der Jahre 2009 – 2016 konnte in 2017 und 2018 abgemildert werden.

Damit tritt eine deutliche Verbesserung gegenüber den Vorjahren bis 2016 ein (Mittelwert rd. 29 Mio. € p.a.). Trotzdem sollte die Vermeidung einer bilanziellen Überschuldung natürlich dauerhaft im Auge behalten werden.

Gesondert ansprechen möchte ich die Mittelübertragungen im investiven Bereich:

19,6 Mio.€ von 2017 nach 2018

23,8 Mio.€ von 2018 nach 2019

Tendenz steigend!

Insbesondere im technischen Bereich ist ein Umsetzungslimit erreicht, wenn nicht gar überschritten. Die Haushaltsplanung einschließlich Mittelübertragung und deren Abarbeitung laufen deutlich auseinander. Hierauf muss in Zukunft unbedingt verstärkt geachtet werden! Diese Situation ist für alle Beteiligten sehr unbefriedigend und meiner Meinung nach auch nach außen hin nur noch schwer

zu erklären. Ich befürchte hier auch einen gewissen Vertrauensverlust in die Politik durch die Bürger*innen.

Bezüglich der Mittelübertragungen verweise ich auf den TOP 7 der heutigen Ratssitzung.

Ich möchte jetzt auf das Ergebnis der Prüfung des JA 2018 kurz eingehen, welches im Bericht des RPA vom 30.04.2021 ausführlich dargestellt ist. Prüfungsschwerpunkte waren insbesondere:

- das Anlagevermögen (Zugänge, Abschreibungen, Abgänge, Umbuchungen und aktivierte Eigenleistungen, geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau und die Wertpapiere des Anlagevermögens)
- das Umlaufvermögen mit den liquiden Mitteln (Abstimmung der Bankbelege und der Finanzrechnung)
- das Eigenkapital
- die Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Geschäften
- sowie die erhaltenen Anzahlungen.

Die fehlerhaften Forderungen aus 2017 i.H. von rd. 134 T€ aus dem Bereich Rettungsdienst wurden in 2018 korrigiert.

Die Stellungnahme des Bürgermeisters vom 26.05.2021 ist dieser Vorlage beigelegt. Die vom RPA angesprochenen Beanstandungen und Hinweise werden anerkannt.

Es bleibt festzuhalten, dass der JA 2018 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen vermittelt. Ebenso steht der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss und stellt die Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung zutreffend dar, soweit dies coronabedingt heute abgeschätzt werden kann.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist dem Bericht des RPA beigetreten und gibt gegenüber dem Rat der Stadt eine seit dem 1.1.2019 vorgeschriebene eigene, schriftliche Stellungnahme ab, welche die Prüfungshandlungen sowie das Ergebnis der Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses darlegt. Diese können Sie ebenfalls der heutigen Verwaltungsvorlage entnehmen.

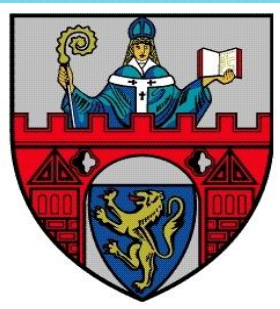
Der Rechnungsprüfungsausschuss erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben sind und er den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt (gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW).

Seitens des Rechnungsprüfungsausschusses werden die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und die Entlastung des BM für das Haushaltsjahr 2018 vorgeschlagen.

Abschließend ist noch zu erwähnen, dass es sich um die letzte materielle Prüfung eines Jahresabschlusses nach altem Recht (GO NRW bis 31.12.2018) handelt.

Außerdem möchte ich mich an dieser Stelle noch recht herzlich für die geleistete Arbeit der Kämmerei und des RPA bedanken und insbesondere auch für die zügig erfolgte Prüfung des JA 2018, die trotz des ambitionierten Zeitplans nichts an Seriosität eingebüßt hat. Herr Cavelius, Herr Dorsch, vielen Dank an Sie und natürlich auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



TOP 5.:
Haushaltsvollzug 2021
Universitätsstadt Siegen

Ratssitzung
23. Juni 2021

Mündlicher Bericht
Stadtkämmerer Wolfgang Cavelius

§ 2 Abs. 2 Covid-19-Isolierungsgesetz

- vierteljährlicher Bericht über die finanzielle Lage
- Ratsbeschluss HH 2021 am 14.04.2021
 - Kenntnis finanzieller Lage darf unterstellt werden
- Feststellung Jahresabschluss 2018
 - Voraussetzung für HH-Genehmigung 2021
- Verwaltungsvorlage zum HH-Vollzug 30.06.2021
 - Ratssitzung 22.09.2021

Eckdaten HH-Wirtschaft 2021

- Planmäßiges Defizit: 3,9 Mio. €
- Defizit eigentlich: 17,9 Mio. €
- „Corona-Schaden“: 14,0 Mio. €
- Wechselwirkung Steuereinnahmen vs. Coronaschaden
 - höhere Einnahmen – a.o. Ertrag geringer
 - geringere Einnahmen – a.o. Ertrag höher
- Höhere Einnahmen ergebnisneutral
 - Verbesserung Liquidität

Gewerbesteuer 2021

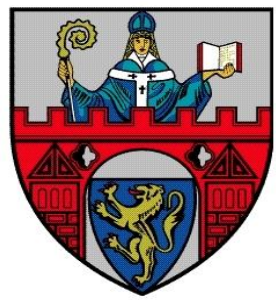
- HH-Ansatz: 55 Mio. €
- Minus ggü. Finanzplanung: 9,3 Mio. € (netto)
- atypische hohe Nachzahlung
 - → Ergebnis vermutlich: 60 Mio. €
- Nachteil:
 - → Steuerkraft im Finanzausgleich steigt
 - → niedrigere Schlüsselzuweisungen 2022

Aussichten

- Pandemie beendet vs. weitere Einschränkungen
 - Prognose Gebühren + Leistungsentgelte
 - Mindererträge ./ . Aufwandsminderungen
- **keine Verschlechterung planmäßiges Defizit**
- Kassenkredite
 - Stand 01.01.2021: 235 Mio. €
 - 21.06.2021: 238 Mio. €
 - ohne GewSt.-NaZa: > 250 Mio. €

Investitionen

- per 21.06.2021:
 - verausgabt: 11,7 Mio. €
 - gebunden (Aufträge): 17,4 Mio. €
 - Volumina einschl. HH-Reste: 59,8 Mio. €
 - verfügt: $(19,6 \% + 29,1 \% =)$ 48,7 %



*Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!*